

Die kantonale Mädchensekundar- und Normalschule der Radikalen in Freiburg : Entstehung und erste Jahre des Bestehens (1849-1857)

Autor(en): **Bieri Henkel, Barbara**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freiburger Geschichtsblätter**

Band (Jahr): **76 (1999)**

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341112>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE KANTONALE MÄDCHENSEKUNDAR- UND NORMALSCHULE DER RADIKALEN IN FREIBURG

Entstehung und erste Jahre des Bestehens (1849–1857)*

BARBARA BIERI HENKEL

Letztes Jahr beging Freiburg, wie die anderen Schweizer Kantone auch, das 150-jährige Bestehen des modernen Bundesstaates. Wenig Neues war in diesem Rahmen über die radikale Freiburger Regierung von 1848 zu erfahren, die damals, den Geist der Zeit und die Gunst der Stunde nutzend, als politische Minderheit das Ruder im Kanton übernahm, auf heftige Opposition stiess und schon vor den Wahlen von 1856 aus innerer Zerstrittenheit und äusserer Bedrängnis durch moderatere liberale und von der Macht verdrängte konservative Kräfte die Regierungsgeschäfte faktisch nicht mehr in der Hand hatte. Diese bewegte Zeit hat in der Darstellung der Kantonsgeschichte bis heute erstaunlich wenig Niederschlag gefunden. Wenn die Politik der Radikalen auch gründlich auf Beweggründe und ideologischen Gehalt untersucht wurde¹ und die Darstellung der Ereignisse in ihrer chronologischen Auflistung vorliegt², bleiben viele Fragen offen, die Biographien vieler radikaler Protagonisten im Dunkeln und die Auswirkungen radikaler Politik auf breiterer Ebene unerforscht. Ein Schleier des Vergessens breitete sich über alles aus.

*Der vorliegende Aufsatz ist eine Kurzfassung der bei Prof. Urs Altermatt an der Universität Freiburg entstandenen Lizentiatsarbeit *Die kantonale Mädchensekundarschule der Radikalen in Freiburg 1849–1857: Projekt und Realität*, Freiburg 1995 (masch.).

¹ Am ausführlichsten immer noch bei Roland RUFFIEUX, *Idéologie et nécessité. Essai sur le régime radical fribourgeois 1847–1856*, Freiburg 1957.

² Z. B. im sehr lesenswerten Kapitel über das radikale Regime in der *Geschichte des Kantons Freiburg*, Bd. 2, Freiburg 1981.

Die Untersuchung der ersten Jahre der von den Radikalen gegründeten Mädchensekundarschule litt in vielem unter der Forschungslage. Viele Fragen blieben offen, manches konnte nicht abschliessend geklärt werden und bleibt Hypothese. Mehr noch aber als die Beleuchtung zumindest eines Teilaspekts einer stiefmütterlich behandelten Epoche stand von Anfang an ein anderes Thema im Vordergrund, das, wenn auch auf breiterer Ebene, ein ähnliches Schattendasein in der schweizerischen Geschichtsschreibung fristet und für das die Kantonsgeschichte unverzichtbaren Hintergrund und Erklärungsansätze bot: die Geschichte der Bildung und Ausbildung der Frauen und Mädchen.

Zwei mit Lücken befrachtete Forschungsgebiete aufeinander treffen zu lassen, war ein Risiko, und das Resultat fiel nicht in jeder Hinsicht befriedigend aus, kann nicht befriedigend sein, sondern nur Ansporn zu weiterer Forschung. Der vorliegende Beitrag ist keine reine Schulgeschichte, die sich in der Aufzählung der Amtsjahre der Direktoren und der Aufzählung der Namen der Schülerinnen erschöpft. Vom Anspruch her will er zugleich Zeitbild einer bewegten Epoche sein, in der die Schule als offen deklariertes Instrument politischer Interessen eingesetzt wurde. Besonderes Interesse bezog der Untersuchungsgegenstand in diesem Zusammenhang darauf, dass es sich um eine für Mädchen bestimmte Schule handelte und damit um eine Zielgruppe, die sonst von Politik ferngehalten, hier aber in die Ziele radikaler Politik eingespannt wurde.

Der folgende Beitrag möchte klären, inwiefern die Radikalen von 1848 bis 1857 in Freiburg ein Stück Frauengeschichte schrieben, wie und mit welchen Konsequenzen für beide Parteien Politik und Mädchenbildung zusammenpassten oder eben nicht, und warum viele junge, auf Staatskosten ausgebildete Freiburger Lehrerinnen sich als Gouvernanten in Russland wiederfanden.

Im Jahr nach den 150-Jahr-Feiern der modernen Schweiz begeht auch die am 13. November 1849 eröffnete Freiburger Mädchensekundarschule – die es ohne das erst gefeierte Ereignis wohl nicht schon so lange gäbe – ihr 150-jähriges Jubiläum. 1849 als rein französischsprachige und den Mädchen vorbehaltene Institution gegründet, steht ihr jüngster Nachfahre, der Cycle d'orientation de

Jolimont an der Rue des Ecoles im Gambachquartier, heute beiden Sprachen und beiden Geschlechtern offen. Der vorliegende Beitrag beschränkt sich auf die ersten acht, mit den Regierungsjahren der Radikalen zusammenfallenden Jahre ihres Bestehens.

Die Freiburger Radikalen betreten Neuland

Bevor wir uns näher mit der *Ecole secondaire des jeunes filles du Canton de Fribourg* befassen können, sind zur Einschätzung ihrer Bedeutung einige grundsätzliche Vorbemerkungen zum Verhältnis Staat–Mädchenbildung nötig. Der deutsche Aufklärer und Pädagoge Joachim Heinrich Campe (1746–1818), der sich in einigen seiner Schriften auch Gedanken zur Mädchenbildung machte, stellte 1786 fest³: «Was das weibliche Geschlecht besonders der gesitteten Stände betrifft, so scheint es den besagten Staaten gleichviel zu seyn, ob Menschen oder Meerkatzen daraus werden, so wenig bekümmern sie sich darum.» Diese Aussage galt, was das von ihm angeprangerte Fehlen einer staatlich geförderten und beaufsichtigten Mädchenbildung betrifft, noch genauso für das 19. Jahrhundert. Um so mehr muss auffallen, dass in Freiburg 1848 unter dem radikalen Regime eine solche «staatliche» Schule im Entstehen begriffen war, zudem in der entschiedenen Absicht, sie den «gesitteten» Ständen, worunter bürgerliche, das heisst nichtadelige oder nicht dem Patriat angehörende Kreise zu verstehen sind, zu öffnen. Wer genau den Anstoss zu ihrer Gründung gab, lässt sich nicht mehr feststellen, doch ist nachvollziehbar, welche Überlegungen vornehmlich liberaler Provenienz den Boden für ihre Schaffung bereiteten. In der progressiven Freiburger Zeitschrift «Emulation» häufen sich in den 1840er Jahren die Beiträge zu Fragen der Schulreform, und 1848 legten vermutlich dieselben Verfasser oder Autoren desselben Geistes in eigenen Publikationen oder in Artikeln im radikalen

³ Zitiert nach: Christa KERSTING, *Höhere Mädchenbildung und Staat in Deutschland vom 18. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert*, in: Fritz-Peter HAGEN, Dieter JEDA (Hg.), *Staat und Erziehung in Aufklärungsphilosophie und Aufklärungszeit*, Bochum 1993, S. 127.

«Confédéré» mehr oder weniger ausgereifte Projekte zur Verbesserung der Schulen im allgemeinen und der Mädchenbildung im speziellen vor. Unter ihnen ist Alexandre Daguet⁴, der sich in seinen 1848 erschienenen «*Quelques idées pour la réorganisation de l'instruction publique dans le canton de Fribourg*» als Vordenker der radikalen Schulreform zu erkennen gab, besonders zu erwähnen. Er forderte, nachdem er die Bedeutung der Mädchenbildung für den Kanton nachgewiesen hatte, im Sinne einer zukünftigen Kantonalisierung und Laizisierung des Schulwesens: «L'Education des femmes fera donc aussi l'objet de la sollicitude du Gouvernement qui prendra les mesures nécessaires pour relever l'instruction élémentaire et offrir aux jeunes personnes de la classe bourgeoise les moyens de compléter, dans le Canton même, leurs études et leur éducation premières.»⁵

Die Forderung, dass der Staat sich auch der Mädchenerziehung annehmen sollte, war nicht neu und hatte ihre frühesten Vertreter, wie das Beispiel Campes zeigt, in den Aufklärern des 18. Jahrhunderts. Für die Schweiz kann in diesem Zusammenhang auf die Schriften von Isaak Iselin (1728–1782) und Leonhard Usteri (1741–1789) verwiesen werden⁶. Im Liberalismus lebte die Idee weiter. 1824 hatte der liberale Waadtländer Theologe und Pädagoge Alexandre Vinet⁷, dessen Schriften Daguet vermutlich gelesen hat, in seiner im «*Nouvelliste vaudois*» erschienenen Artikelserie «*Quelques réflexions*»

⁴ Alexandre Daguet, Historiker und Pädagoge, 1816 in Freiburg geboren, starb 1894 in Couvet (NE). Er unterrichtete zuerst an der Freiburger Zentral-Mittelschule (1837–1843) und wechselte dann an die Kantonsschule Pruntrut (1843–1848). Nach dem Antritt des radikalen Regimes in Freiburg wurde er Direktor der Freiburger Kantonsschule (1848–1857). Nach dem Sturz der Radikalen übernahm er die Leitung der Mädchensekundarschule (1857–1867), die an die Stadt übergegangen war. Vgl. *Compte rendu de l'école secondaire des filles, 1893/94*, Freiburg 1894, S. 18.

⁵ Alexandre DAGUET, *Quelques idées pour la réorganisation de l'instruction publique dans le canton de Fribourg*, Freiburg 1848, S. 14.

⁶ Isaak ISELIN, *Vermischte Schriften*, Bd. 2, Zürich 1770, S. 136ff. Leonhard USTERI, *Vorschlag für einen öffentlichen Unterricht für die Töchter*, Zürich 1773.

⁷ Alexandre Vinet (1797–1847) stammte aus Ouchy bei Lausanne. Von 1817 bis 1837 lehrte er in Basel, unter anderem an der dortigen Töchterschule, französische Literatur. Von 1834 bis 1844 wirkte er, ebenfalls in Basel, als Professor der Theologie und unterrichtete später an der Akademie in Lausanne

xions sur un sujet important» mit praktisch denselben Argumenten erfolglos dasselbe angemahnt wie Daguet. Dass es in Freiburg nach der Machtübernahme nach einer kurzen einjährigen Projektierungsphase so schnell zur Schaffung einer kantonalen Mädchenschule des nachprimären Unterrichts kam, ist aber der besonderen Erwähnung wert, denn es muss hier noch einmal in aller Deutlichkeit festgehalten werden, dass es noch für die Mitte des 19. Jahrhunderts höchst ungewöhnlich ist, dass höhere Mädchenbildung, zu der wir die Mädchensekundarschule als Schule des nachprimären Unterrichts zählen wollen, nicht nur unter staatlicher Aufsicht steht, sondern ihren Gründungsimpuls auch höchster staatlicher Ebene verdankt.

Da es für die Schweiz noch an einer Chronologie der Mädchenschulgründungen fehlt, aus der auch deren Status als private oder öffentliche Institution hervorginge, lässt es sich zwar nicht beweisen, doch besteht Grund zur Annahme, dass die Freiburger Radikalen sich zur Avantgarde zählen dürfen, die ein neues Kapitel in der Bildungsgeschichte der Mädchen in der Schweiz aufschlug: dasjenige der staatlichen Verantwortlichkeit für die nachprimäre Bildung für Frauen und Mädchen.

Der andere Weg der Mädchenbildung

Claudia Opitz und Elke Kleinau schreiben in ihrem Vorwort zur «Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung» in Deutschland, dass die allgemeinen Darstellungen der Schulgeschichte die Ent-

wiederum französische Literatur. Vgl. Sophie DONCHE GAYE, Doris JAKUBEC, Artikel «Vinet, Alexandre», in: *Schweizer Lexikon*, Bd. 6, Luzern 1993, S. 485. Neben seiner Tätigkeit als Lehrer wirkte Vinet auch als Gründer einer Mädchenschule. Aus seiner 1839 gegründeten Schule, die er durch ein niedrig gehaltenes Schulgeld Töchtern der Mittelschicht zugänglich zu machen versuchte, gingen einige Frauen hervor, die sich später in den Waadtländer Frauenorganisationen hervortaten. Vgl. Monique PAVILLON, François VALLOTON (Hg.), *Des femmes dans l'espace public helvétique 1870–1914*, in: *Lieux des femmes dans l'espace public 1800–1930. Actes du colloque à l'Université de Lausanne 11–12 novembre 1991*, Lausanne 1992, S. 11.

wicklung des Bildungswesens als eine Erfolgsgeschichte präsentieren. Zu den wichtigen Etappen dieses Erfolgs gehören die Entwicklung hin zu allgemein zugänglicher Bildung durch deren Lösung von ständischen Privilegien, und als nächste Etappe die Öffnung und Erweiterung der Schultypen in Richtung berufsvorbereitender und Berufskenntnisse normierender Institutionen⁸. Diese Etappen durchliefen die Schulen im wesentlichen seit dem 19. Jahrhundert. In diese Darstellung der Schulgeschichte passen weibliche Bildungswege aber bis weit über die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hinaus nicht hinein.

Die erwähnten Etappen der Schulgeschichte lassen sich in der Schweiz seit den ersten Jahrzehnten des beginnenden 19. Jahrhunderts nachweisen. Die Demokratisierung des höheren Bildungswesens beginnt in der Schweiz für die Knaben in den 1830er Jahren durch die Gründung der Kantonsschulen, die durch Stipendien zugänglicher gemacht werden. An ihnen hatte der Staat ein sehr direktes Interesse. Losgelöst vom im Schulwesen bis anhin dominierenden Einfluss der Kirche, wurden die Schüler an den Kantonschulen, die als Republiken im Kleinen verstanden wurden, zu zukünftigen Staatsbürgern in voller Kenntnis ihrer Pflichten und Rechte gegenüber der staatlichen Gemeinschaft erzogen. Der höhere Mädchenunterricht, der allein schon von seiner inhaltlichen Ausrichtung her nicht mit demjenigen der Knaben verglichen werden kann, blieb von Übernahmeversuchen oder Schulgründungen staatlicherseits unberührt. Die private Schule erschien der Rolle der Frau, als Angehöriger des auf den privaten Raum verwiesenen Teils der Gesellschaft, ungleich besser angepasst und schloss eine zum Knabenbildungswesen parallel laufende Entwicklung der Verstaatlichung der Bildungseinrichtungen aus. Das Mädchenbildungswesen bewegte sich folglich nicht nur inhaltlich weiterhin in traditionellen Bahnen, sondern auch in Bezug auf die Trägerschaften, die wie zuvor privater Natur blieben. Je nach konfessioneller und ideeller Ausrichtung konnten Schulgründungen unterschiedlich motiviert

⁸ Elke KLEINAU, Claudia OPITZ (Hg.), *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*, Bd. 2, *Vom Vormärz bis zur Gegenwart*, Frankfurt, New York 1996, S. 10.

sein. Der Schulbesuch dieser in privater Hand liegenden Einrichtungen musste durch die interessierten Kreise mittels Schulgelder selber finanziert werden. Deshalb blieb der Zugang zur Bildung weiterhin eine Frage des Vermögens und des Bildungsinteresses und damit ein Privileg begüterter Schichten. Ein Demokratisierungsprozess blieb mangels öffentlicher Förderung aus, die ihrerseits fehlte, da den Frauen eine direkte Beziehung zum Staat abgesprochen wurde. Da zudem auch ihre Berufstätigkeit negiert wurde, blieben Mädchenschulen auch lange von der Diversifizierung des Unterrichtsangebots in Richtung berufsbildender Lehrgänge ausgeschlossen, die im Bildungswesen für die Knaben ab der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr eingerichtet wurden: erste, je nach Kanton Mittel-, Real- oder Sekundarschulen genannte Einrichtungen sollten gezielt Mittelschichten ansprechen und deren Söhnen als Alternative zum Studium fundierte Kenntnisse im Bereich der Handels- und Gewerbeberufe bieten. Ähnliche Schulen gab es für Mädchen damals noch nicht; die einzige frühe Ausnahme bildete die Einrichtung von Lehrerinnenseminaren, von denen das erste in den 1830er Jahren im Kanton Bern entstand. Während sich die Inhalte der Knabenschulen zunehmend nach den Bedürfnissen des Staates und den Erfordernissen der Berufswelt richteten, bewegte sich die Mädchenbildung inhaltlich weiterhin im traditionellen Rahmen der Anforderungen, die durch die meist der Oberschicht angehörenden Klientel an zukünftige Hausvorsteherinnen und Mütter gestellt wurden. Die vermittelten Inhalte bewegten sich dementsprechend innerhalb der im 19. Jahrhundert immer enger gezogenen Grenzen weiblichen Wirkungsraumes.

Eine politisch motivierte Schulgründung

Diese andere Entwicklung, oder anders gesagt: das Stehenbleiben der höheren Mädchenschulen in einem früheren Stadium der Schulgeschichte, blieb den Verfechtern eines politischen Wandels in der Schweiz nicht verborgen. Fortschrittlichen Kreisen fiel sie geradezu beunruhigend unangenehm auf. Nicht die Tatsache, dass hier eine

Ungleichheit zwischen den Geschlechtern entstanden war, beunruhigte liberal denkende Politiker und Pädagogen wie die erwähnten Alexandre Vinet und Daguet, sondern die Beobachtung, dass diese meist von Aristokratentöchtern besuchten privaten Schulen Horte konservativen Denkens waren. Wenn Vinet in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Unterstellung der privaten Mädchenschulen unter staatliche Aufsicht fordert, hat er nicht das Aufholen des Rückstandes oder die Errichtung von Chancengleichheit im Auge, sondern die Gewinnung der Mädchen und zukünftigen Ehefrauen und Mütter für eine moderne Gesellschaftsvorstellung. Ohne die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern in Frage stellen zu wollen, wünschte sich Vinet zum Wohle eines fortschrittlichen Staates, dass auch die Mädchen an öffentlichen Schulen lernten, patriotisch zu denken, den Grundsatz der Gleichheit zu ehren und statt Putz und Tand republikanischer Einfachheit den Vorzug zu geben. Im Auge hatte er dabei die persönliche Einstellung der Töchter, vor allem aber sah er sie als Erzieherinnen ihrer Söhne, an die sie weitergeben sollten, was sie selber in der Schule gelernt hatten. Im Vordergrund stand für ihn die Vermittlung von Qualitäten, die für ihn den wahren Schweizer Citoyen ausmachten: «le goût de la simplicité, le mépris des distinctions arbitraires, l'indifférence pour les plaisirs factices et le respect de la terre natale.»⁹

Ohne die Mädchen politisieren zu wollen, sollten sie an den öffentlichen Schulen mehr fühlen als wissen lernen, was die richtige Einstellung zum Staat ausmachte. Mit Vinet geht der Freiburger Alexandre Daguet einig, dass sich die Mädchenschulen, selbst die liberale Gründung St-Joseph in Bulle, zusammen mit den anderen Pensionaten aufgrund deren zumeist konservativer Klientel und kirchlicher Trägerschaft nicht in den Dienst einer neuen Gesellschaftsordnung spannen liessen. Wenn er an den Primarschulen deren mangelnde Qualität kritisiert, so geht er mit den privaten Pensionaten, in denen er Horte aristokratischen Dünkels, unpatrio-

⁹ Alexandre VINET, *Quelques réflexions sur un sujet important*, in: Famille, éducation, instruction. Recueil d'articles, de discours et de fragments, publiés d'après les éditions originales et les manuscrits par Ph. Bridel, Lausanne 1925, S. 25. Der Ausschnitt entstammt einer Artikelserie, die 1824 im *Nouvelliste vaudois* erschien.

tischer Weltläufigkeit und berechnender Servilität gegenüber der katholischen Kirche sieht, noch härter ins Gericht:

«Or l'instruction primaire, la seule à proprement parler, qui fût réellement organisée pour le sexe, a toujours été d'une déplorable faiblesse. L'instruction moyenne et supérieure faisait complètement défaut. On ne peut voir un établissement d'une utilité générale dans le pensionnat de Montet, institut aristocratique et où les élégances de la vie parisienne s'unissaient aux petites pratiques de la dévotion à la mode et une certaine somme de connaissances dont l'éclat ne garantissait pas toujours la solidité. [...] Fondé à Bulle par les libéraux fribourgeois, l'institut de St-Joseph ne réalisa pas les espérances dont on s'était bercé un peu à la légère.»¹⁰

Gerade die Nähe zur Kirche, sei es dadurch, dass die Verantwortung für den Unterricht in den Händen von Schwesterngemeinschaften lag, oder dadurch, dass die Schulen vornehmlich von Mädchen aus dem Freiburger Patriziat besucht wurde, das beste Beziehungen zur Kirche unterhielt und Wert auf eine auch nach aussen gezeigte Religiosität legte, spielte eine grosse Rolle beim Entscheid der antiklerikal ausgerichteten Radikalen, die von Ordensgemeinschaften geführten Mädchenschulen der primären und sekundären Stufe auf eine neue Basis zu stellen, indem auch sie, und nicht nur die Knabenschulen, in die Obhut von Laien gegeben und unter die Aufsicht des Staates genommen werden sollten.

Schon kurz nach ihrer Machtübernahme schritten die Radikalen unter der Führung von Erziehungsdirektor Julien Schaller zur Projektierung einer vom Kanton kontrollierten Mädchensekundarschule. Einmal mehr muss hier betont werden, dass nicht der Rückstand der Mädchenschulen ausschlaggebend war, sondern dass die vermeintliche oder bewiesene Rückständigkeit der dort vermittelten Ideen den Ausschlag gab. Mehr denn pädagogische Beweggründe stand politisches Kalkül der Mädchensekundarschule Pate. Wenn Alexandre Daguet in den bereits erwähnten Gedanken zur Reform des Freiburger Schulwesens als erstes zu bedenken gibt: «La révolution qui s'est accomplie dans le canton de Fribourg en novembre 1847 fera époque dans les annales du peuple fribourgeois.

¹⁰ DAGUET (wie Anm. 5), S. 13–14.

Mais les changements opérés à la suite de cette révolution et de la chute du système aristocratique-ultramontain seront-ils de simples changements de personnel et d'administration, ou auront-ils pour résultat définitif d'ouvrir une ère nouvelle, l'ère de la régénération de la société fribourgeoise», hatte das mehr mit dieser Mädchenschule, der auch ein Lehrerinnenseminar angegliedert werden sollte, zu tun als man denkt. Wer einer Revolution zu Dauer verhelfen will, muss auf Evolution setzen, auf langsames Wachsen neuer Ideen, neuer Denk- und Verhaltensweisen in der Gesellschaft. Die Radikalen setzten hier ganz gezielt bei der Schule an, was nicht ungewöhnlich ist, da der Erziehung eine grosse, das Gesicht der Gesellschaft prägende Wirkung zugestanden wurde. Aussergewöhnlich ist, dass sie diese Anstrengungen auch auf die Bildung der Mädchen ausdehnten. Weniger ungewöhnlich ist dagegen, dass sich die Radikalen auf diesem Weg um die politische Loyalität von Frauen bemühten. Wie Ulrike Spree betont, lässt sich gerade in politischen Umbruchzeiten beobachten, dass über eine kleine Machtbasis verfügende politische Gruppierungen grossen Wert darauf legen, neben den Männern auch die Frauen als loyale Anhängerinnen zu gewinnen, indem sie deren Funktion als Mütter und Erzieherinnen zu staatstragenden Aufgaben erheben¹¹. Die erwähnten Bedingungen sind 1848 in Freiburg gegeben, und genau dieses Vorgehen lässt sich bei den Radikalen auch beobachten. In Bezug auf die Sekundarschule wurde die Erwartung ausgesprochen, dass deren Absolventinnen «comme institutrices, épouses et mères» massgeblich dazu beitragen würden, «à régénérer la société et à lui communiquer sous tous les rapports une nouvelle vie», und zwar durch die «propagation d'idées éclairées, de sentiments plus élevés»¹², die zur Akzeptanz der institutionellen Reformen und deren Verankerung im Freiburger Volk beitragen sollten. Dies führte bis zur Aussage: «C'est dans une fréquentation générale de l'établissement

¹¹ Ulrike SPREE, *Die verhinderte «Bürgerin»? Ein begriffsgeschichtlicher Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich und Grossbritannien*, in: Reinhart KOSELLECK, Klaus SCHREINER (Hg.), *Bürgerschaft. Rezeption und Innovation der Begrifflichkeit vom Hohen Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1994, S. 303.

¹² StAF, DIP CE.IV 4, *Compte rendu de l'administration du Conseil d'Etat du Canton de Fribourg pour l'année 1849*, S. 9.

dont il s'agit que le Canton trouvera en grande partie les garanties pour ses institutions et sa prospérité future.»¹³ Die politisch unmündigen Frauen wurden somit, ohne dass sie die Grenzen des ihnen zugesprochenen Tätigkeitsbereiches hätten überschreiten müssen, zu wichtigen Förderinnen staatlicher Prosperität und fortschrittlichen Gedankenguts erklärt.

Das Zünglein an der Waage bei der Frage, ob der Kanton den Frauen eine Alternative zu den kostspieligen privaten Pensionaten bieten sollte, spielte in Freiburg, wie bereits erwähnt, der radikale Antiklerikalismus, der in der Kirche das Haupthindernis auf dem Wege zu einer modernen, demokratischen Gesellschaft sah. Dass davon die Mädchenbildung nicht unberührt bleiben konnte, stellt auch Eliane Gubin¹⁴ für das Belgien der 1860er Jahre fest. Die dortigen Liberalen versuchten den Einfluss der Kirche zurückzudrängen, indem Frauen via schulische Erziehung zu einer Bastion gegen den Klerikalismus aufgebaut werden sollten. Die Forderung nach einer anderen Mädchenbildung wird auch in Belgien erst hörbar, als sie als einem politischen Projekt dienlich erkannt wird, und erhält wie in Freiburg Gehör, weil sie im Kontext der Frontstellung gegen die Kirche steht. Die Radikalen, die 1848 die Regierung mit dem erklärten Ziel antraten, den Einfluss der Kirche auf die Gesellschaft zu brechen, sahen in den Frauen als ersten, in der Vorstellung der damaligen Zeit ihre Kinder für das ganze Leben prägenden Erzieherinnen, das am besten geeignete Instrument, um diese von Klein auf in kritischer Distanz zur Kirche und patriotischem Sinn für das Vaterland aufwachsen zu lassen. Dafür mussten die Frauen selber aber in entsprechend ausgerichteten Schulen unterrichtet werden. Mit der Verweisung der Kirche aus dem Schulwesen und der Schaffung der Mädchensekundarschule als Ergänzung zur Primarschule und Alternative zu den aristokratischen Privatschulen, glaubte man, diesem Ziel einen grossen Schritt näher

¹³ StAF, DIP II 8, *Protocole de correspondance de la Direction de l'instruction publique*, 1850, Brief der Erziehungsdirektion an das Komitee der kantonalen Mädchensekundarschule vom 30. März 1850.

¹⁴ Eliane GUBIN, *Le féminisme en Belgique avant 1914. De l'instruction à l'émancipation*, in: *Lieux des femmes dans l'espace public* (wie Anm. 7), S. 143–158.

gekommen zu sein. Dargestellt wird er als Befreiung der Frauen aus der beschämenden Vormundschaft von Patriziat und Kirche:

«Ainsi s'opère enfin l'émancipation des femmes de la honteuse tutelle à laquelle les avaient condamnés les soi-disants instituteurs du peuple. Elles comprendront une fois leurs véritables devoirs et les hommes du privilège n'en feront plus l'écho de leurs plaintes et les aveugles instruments de leurs intrigues.»¹⁵

Einer Instrumentalisierung durch den Staat stand durch das neue laizistische Schulsystem theoretisch nichts mehr im Wege. In welcher Art und Weise die Schülerinnen der Sekundarschule tatsächlich indoktriniert wurden, zeigen erhaltene Aufsätze von Sekundarschülerinnen des Jahrganges 1850/51. Es kann angenommen werden, dass die Mädchen, wenn auch mit Unverstandenen und Unverdaulichem vermischt, zum Thema «De l'utilité de l'école secondaire des filles» getreu wiedergaben, was ihnen von ihren Lehrern an radikalem Gedankengut vermittelt wurde und welche Denkweise man seitens der Regierung von ihnen als Absolventinnen dieser Schule erwartete. Als Beispiel folgt ein Ausschnitt aus dem Aufsatz der 15-jährigen Rosalie Egger aus der Stadt Freiburg:

«L'élève sous le toit paternel, instruisant ses petits frères et sœurs par son bon exemple et les conseils qui lui ont été donnés à l'école et dont elle a senti tout le prix, leur préparera un avenir heureux. Ces enfants grandissent ainsi dans la vertu et deviendront plus tard de bons citoyens, des hommes dévoués à la patrie, ou de bonnes ménagères, des femmes modestes, vertueuses et honnêtes. Non seulement la famille, la patrie tireront un grand avantage de cette instruction donnée à la jeune fille, mais aussi la société. Elle lui sera utile par ses conseils, par l'amour de la paix qu'elle saura faire entrer dans le cœur des citoyens qui la composent. Ainsi animées de cet esprit d'instruction, tous voudront, désireront l'avancement du pays, cultiveront les arts et les métiers, et les sciences; de là la richesse du pays, la bonne organisation, l'union des citoyens, la force qui en résulte et le bonheur de tous.»¹⁶

¹⁵ StAF, DIP CE.IV 4, *Compte rendu de l'administration du Conseil d'Etat du Canton de Fribourg pour l'année 1849*, S. 9.

¹⁶ StAF, Instruction publique, fonds non classés, cartons école secondaire des filles. Der Aufsatz stammt von der 15-jährigen Rosalie Egger aus Freiburg, die auf das Schuljahr 1850/51 in die Mädchensekundarschule eintrat.

Hier erfüllt sich die Forderung Vinets, dass die Frauen, ohne dass sie sich der Vermittlung einer politischen Doktrin bewusst werden sollten und innerhalb der Grenzen des ihnen zugestandenen Einflussbereiches, passive Staatsbürgerinnen werden sollten, indem sie sich dank entsprechendem Unterricht mit ihrem Vaterland identifizierten und sich als für dessen Wohl mitverantwortlich erkannten¹⁷. Vermittelt wurde diese Einstellung an der Mädchensekundarschule in für Mädchenschulen des 19. Jahrhunderts durchaus nicht selbstverständlichen Fächern wie Geschichte, Geographie und Staatskunde¹⁸. Doch auch andere Schulstunden, die sich auf den ersten Blick dafür nicht anbieten, wurden in den Dienst staatsbürgerlicher Bewusstseinsbildung gestellt, und zwar hinsichtlich einer Absicherung und Perpetuierung des politischen Aufbruchs von 1848. So erhielt der Rechenunterricht ab 1851 die Aufgabe, die Schülerinnen und indirekt deren Eltern durch entsprechende Rechenbeispiele mit der neuen Schweizer Währung vertraut zu machen und sie so Schritt halten zu lassen mit den neuen Entwicklungen¹⁹. Der Naturkundeunterricht sollte wiederum dazu beitragen, den Einfluss der Kirche einzudämmen, indem Naturphänomene physikalisch erklärt werden sollten, um ihnen jegliche Aura des Mysteriösen zu nehmen, die sonst Anlass zum Anrufen von Heiligen gaben und so der Kirche in die Hände arbeiteten. Der Religionsunterricht selber wurde in den

¹⁷ VINET (wie Anm. 9), S. 23–24.

¹⁸ Freiburger Lehrerinnen, die Ende des letzten Jahrhunderts zur Evaluation der Lehrerinnenausbildung aufgerufen wurden, bemerkten 1888 einmütig und das Denken der Zeit wiedergebend, dass auf den Unterricht der Geschichte und der Geographie zuviel Zeit verwendet werde: «On exige trop de nos jeunes filles, qui ne seront jamais appelées à gouverner un Etat ni faire la guerre.» Die beiden genannten Fächer sah man aber vor allem in diesen Zusammenhängen. Vgl. Félicité HUMBERT, *Modifications à apporter dans l'instruction de la jeune fille et spécialement dans la formation de l'institutrice*, in: *Bulletin pédagogique* 17 (1888), S. 18–29.

¹⁹ 1851 schrieb Erziehungsdirektor Julien Schaller an den Direktor der Mädchensekundarschule: «Il est recommandé au Directeur d'imprimer aux exercices de calcul une tendance plus utilitaire & plus pratique, par l'application du nouveau système monétaire fédéral.» Er meinte, dass dies den Schülerinnen «une utilité réelle auprès de leurs parents» gebe, «tout en les faisant progresser avec les institutions». StAF, DIP II 9, *Protocole de correspondance de la direction de l'instruction publique*, Brief Schallers an Josef Ariger vom 23. April 1851.

ersten Jahren keinem Geistlichen anvertraut, sondern von Laien erteilt, um jegliche Gefahr der Infiltration zu bannen. Er lief zudem unter der Bezeichnung *Instruction morale* und wurde ebenfalls in den Dienst einer erneuerten Gesellschaft genommen, nicht indem die Religiosität als solche verdammt worden wäre, sondern indem sie, im Gegensatz der im Patriziat beobachteten Praxis, in Richtung einer verinnerlichten Gläubigkeit in neue Bahnen gelenkt werden sollte. In den Worten einer Schülerin: «C'est à l'école que l'on reçoit les plus précieuses instructions religieuses, non pas pour en faire parade à l'extérieur mais une religion de pratique, une religion qui part du cœur et qui y revient, qui se sent plutôt qu'elle s'exprime.»²⁰

Mehr noch denn in der Tätigkeit der Lehrerinnen, die an der Schule ausgebildet werden sollten, sahen die Radikalen im Wirken der Schülerinnen in ihren Herkunftsfamilien und in ihrer späteren Rolle als Ehefrauen und Mütter eine ihren Verbleib an der Macht sichernde Zukunftshoffnung. Gleichzeitig, und solange die Mädchen diese Hoffnung noch nicht erfüllen konnten, weder als Lehrerinnen noch als Mütter, wurden die Schaffung der Schule und die Schule selber zum Propagandainstrument für die politischen Pläne der Radikalen, darunter die Neuordnung des Freiburger Schulwesens. In einem weiteren Schülerinnenaufsatz findet auch dieser Aspekt seinen Niederschlag: «Nul peuple ne peut prospérer sans qu'il soit conduit par un gouvernement, dont la sage législation pourvoit à tous les besoins des citoyens, un gouvernement qui tient compte de leur destination et qui a à cœur la prospérité publique et le bien être particulier de chaque citoyen. Le gouvernement de Fribourg réunit toutes ces qualités; l'amour et l'estime du peuple est le premier but qu'il s'est proposé et si l'on veut une preuve évidente que l'on considère la création de l'Ecole secondaire.»²¹

²⁰ StAF, *Instruction publique*, fonds non classés, cartons école secondaire des filles. Aus einem Aufsatz von Sophie Baeriswyl, Schuljahr 1852/53.

²¹ Ebenda.

Das Projekt und seine Umsetzung

Vom 30. August bis zum 6. September 1848 befasste sich der Grosse Rat mit dem Entwurf für das neue Schulgesetz. An den letzten beiden Sessionstagen stand der Abschnitt über das neu einzurichtende Sekundarschulwesen zur Debatte, in dessen Rahmen auch die gesetzliche Grundlage der Mädchensekundarschule geregelt werden sollte. Folgendes war in Bezug auf diese Schule darin vorgesehen:

«Une école secondaire de filles est établie à Fribourg, au frais de la commune. Cet établissement sera organisé à comprendre simultanément l'école normale des institutrices, destinée à former et à perfectionner des maîtresses d'écoles primaires.»²²

Die Mädchensekundarschule sollte also wie die Kantonsschule durch einen Lehrgang ergänzt werden, aus dem die zukünftigen Lehrerinnen des Kantons hervorgehen sollten. Ihre Ausbildung erschien manchen als noch dringender als jene der Lehrer. Dies lag einerseits an der empfindlichen Lücke, die an den Mädchenschulen durch das über den Schulorden der Ursulinen verhängte Unterrichtsverbot entstanden war, andererseits an der tendenziell schlechteren Vorbildung der Laienlehrerinnen, die bereits im Einsatz waren. Obwohl die Meinungen im Grossen Rat bezüglich der Eignung von Frauen für den Unterricht geteilt waren, stiess das Projekt auf keinen Widerstand²³. Als Streitpunkt entpuppten sich in der Diskussion aber der Standort und die Frage der Finanzierung der Schule. Regionale Interessen wurden aus dem Greyerzerland laut. Während Erziehungsdirektor Schaller klar für die Stadt Freiburg eintrat, wünschte der Greyerzer Nicolas Glasson die Schule in Bulle zu sehen²⁴. Schaller sah in der Zentralisierung der Bildungseinrichtungen im Hauptort einen Vorteil für das Bildungswesen des Kantons, Glasson war über das Leer-

²² *Projet de loi sur l'instruction publique présenté au Grand Conseil du canton de Fribourg*, Freiburg 1848, S. 24.

²³ Als Beispiel dafür die Intervention des Abgeordneten Castella im Grossen Rat: «Pour les ouvrages du sexe, j'admets qu'il faut des institutrices, mais non pour les autres branches; sans quoi on n'aura jamais de bonnes écoles». *Bulletin officiel des séances du Grand Conseil 1848*, S. 621.

²⁴ Ebenda, S. 771–772.

ausgehen der anderen Kantonsteile empört. Er schlug deshalb in Abänderung des Entwurfes vor, dass das Gesetz den Standort der Schule nicht verbindlich festlegen sollte, und sein Vorschlag wurde in der Abstimmung mit deutlicher Mehrheit angenommen. Allerdings blieb damit auch die Option Freiburg weiterhin offen. Da Julien Schaller von Amtes wegen die ständige Studienkommission präsidierte, die das Reglement der Schule auszuarbeiten hatte, in dem auch der Standort festgelegt werden sollte, waren die Würfel im Voraus zugunsten der Stadt Freiburg gefallen. Das Sitzungsprotokoll der ständigen Studienkommission, die sich zu der Frage am 6. Mai 1849 das erste Mal zusammenfand, hält lapidar fest: «La commission reconnaît l'urgence d'un tel établissement, elle désire qu'il soit fixé à Fribourg comme étant le point central du canton, la localité qui fournira le plus d'élèves, la ville qui présentera le plus de ressources tant sous le rapport des maîtres que sous celui des pensions.»²⁵ – Damit stand die Stadt Freiburg als Standort der zukünftigen Mädchensekundarschule fest.

Die Finanzierung der Schule

Wenn ausser Frage steht, dass Julien Schaller die Schule genau im Auge behalten wollte – davon zeugt allein schon die umfangreiche Korrespondenz des Schuldirektors mit Schaller, da der Erziehungsdirektor in jede noch so kleine Entscheidung einbezogen werden wollte –, so geht doch auch aus den ersten Plänen hervor, dass die Oberaufsicht über die Schule, nicht aber deren finanzielle Sicherstellung offenbar von kantonaler Seite übernommen werden sollte. Der von Schaller massgeblich beeinflusste Reglementsentwurf sah vor, dass die von ihm gewünschte Standortgemeinde Freiburg als Gegenleistung die Finanzierung der Schule übernahm. Auch in diesem Punkt stiess er im Grossen Rat in den Verhandlungen vom 5. Septem-

²⁵ StAF, DIP III 6, *Protocole de la Commission permanente des études 1848–1857*, Séance du 6 mai 1849.

ber 1848 auf Widerstand. Sowohl Glasson als auch Hartmann erhoben dagegen Einwand. Beide waren gegen den Standort Freiburg, Hartmann wünschte sich aber zusätzlich, dass nicht ein Ort, sondern der Kanton die Schule finanziere, zog diesen Änderungsvorschlag aber wieder zurück²⁶.

Die städtischen Autoritäten waren zwar erfreut darüber, die Schule zu erhalten, machten jedoch klar, dass sie weder gewillt noch in der Lage seien, die Finanzierung der Schule zu übernehmen. Sie boten statt dessen ein Lokal und die Übernahme der Heizkosten an. Schaller sah sich gezwungen, die Schule, der wie den anderen Sekundarschulen ein Kantonsbeitrag von 2500 alten Schweizerfranken zugesprochen war, anderweitig finanziell abzustützen. Die Erhebung eines Schulgeldes wurde nicht in Erwägung gezogen. Schon aus der Diskussion des Schulgesetzes war hervorgegangen, dass die Hürden für den Schulbesuch möglichst tief angesetzt werden mussten, sollten die radikalen Schulprojekte überhaupt Erfolg haben. Es war sogar der Zusatz ins Schulgesetz aufgenommen worden, dass für den Besuch der Sekundarschulen Stipendien ausgesetzt werden konnten²⁷. Dies galt auch für die Mädchensekundarschule. Die effektiven Kosten der Schule, die zwischen jährlichen 7000 bis 9000 Franken lagen, gingen zu Lasten des Kantons und schlugen im Budget für das öffentliche Erziehungswesen zu Buche.

Die Standorte

Vom Angebot der Stadt, ein Schullokal zur Verfügung zu stellen, wurde umgehend Gebrauch gemacht. Unter den verschiedenen Vorschlägen wählte die ständige Studienkommission das alte Stadthaus des Klosters Altenryf an der Chorherrengasse aus. Die Wahl war nicht sehr glücklich, da das Haus zuerst entsprechend umgebaut werden musste und die Umbauarbeiten bis zum Eröffnungstag der Schule,

²⁶ *Bulletin officiel des séances* (wie Anm. 23), S. 676.

²⁷ Ebenda, S. 672.

dem 13. November 1849, nicht beendet waren. Provisorisch wurde die Schule deshalb ins Lyzeum gegenüber der Kantonsschule, dem ehemaligen Kollegium St. Michael, verlegt, in dem sie schliesslich bis zum Schuljahr 1856/57 blieb, da sich das Altenryf-Haus nach beendeteten Arbeiten als zu klein für die mehr als fünfzigköpfige Sekundarklasse erwies.

Zwischenzeitlich hatte die radikale Regierung versucht, die Schulräume der Ursulinen für die Mädchensekundarschule zu nutzen. Am 21. Oktober 1850 beschloss der Staatsrat zwar den Umzug ins Ursulinenkloster, doch zur Ausführung kam dieser Plan nach massivem Protest der Schwestern nie.

Das Lyzeum eignete sich sehr gut als Standort für die Mädchensekundarschule. Im obersten Stock, mit Sicht auf die Kollegiumskirche, standen ihr drei Räume zur Verfügung, die sie für ihre dereinst drei Klassenzüge brauchte. Als störend empfanden die Zeitgenossen allerdings die Nähe zur Kantonsschule, die zu höchsten moralischen Bedenken Anlass gab. Mit eingezogenen Wänden und verschobenen Schulanfangszeiten versuchte man, Begegnungen zwischen den Jugendlichen zu erschweren und die besorgten Sittenwächter zu beruhigen.

Heute ist von den ursprünglichen Standorten der Mädchensekundarschule keine Spur mehr zu sehen. Nach weiteren Umzügen, die sie vom Lyzeum zuerst in die Maison de Bienfaisance führten (an der Stelle der heutigen Grenette, 1857/58–1868/69), zog sie in die ehemalige Knabenprimarschule Girards an der Chorherrengasse (1869/70–1894/95) und anschliessend wieder in die Maison de Bienfaisance zurück (1895/96–1904/05). Von dort kam sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte in ein eigenes, neuerrichtetes Gebäude im Gambachquartier an der Rue des Ecoles. Ihr jüngster Nachfahre ist der Cycle d'orientation de Jolimont, in seinem Betongebäude aus den 70er Jahren.

Die ersten Lehrerwahlen

Der Unterricht an der Mädchensekundarschule sollte laut Reglement «vorzugsweise Lehrern» anvertraut werden²⁸. Trotzdem wurde auch eine Lehrerin eingestellt, welche die Aufgabe hatte, den Unterricht in Handarbeit und Hauswirtschaft zu erteilen und während der Stunden der männlichen Lehrkräfte den erzieherischen Teil zu übernehmen beziehungsweise als Anstandsdame die Mädchenklassen zu begleiten²⁹. An die Kandidaten und Kandidatinnen wurden keine besonderen Anforderungen gestellt. Sie wurden lediglich um die Angabe der Fächer gebeten, die sie zu unterrichten im Stande waren, und sie sollten Arbeitszeugnisse von früheren Stellen beilegen. Auf die im September 1849 im Freiburger Amtsblatt erfolgte Ausschreibung meldeten sich 24 Kandidaten und sieben Kandidatinnen. Aus dem Resultat der ansonsten nicht dokumentierten Wahl geht hervor, dass das wichtigste Auswahlkriterium darin bestand, mit möglichst wenig Personal möglichst viele Fächer abzudecken. Obwohl das Reglement ausdrücklich Französisch als Unterrichtssprache vorschrieb, gelang es der Erziehungsdirektion mangels geeigneter Freiburger Kandidaten nicht, die Stellen vollständig mit französischsprachigen Lehrkräften zu besetzen. Unter den neugewählten Lehrern fanden sich immerhin ein Freiburger und eine Freiburgerin: Placide Bise aus Murist (Französisch, Arithmetik, Buchhaltung), der sich durch den Besuch der liberalen Zentral-Mittelschule empfohlen hatte, und Catherine Dietrich-

²⁸ *Reglement vom 16. August 1849, über die Organisation der Mädchensekundarschule*, in: Sammlung der Gesetze, Dekrete, Beschlüsse und anderer öffentlicher Verhandlungen der Regierung des Kantons Freiburg, Bd. 23, Freiburg 1850.

²⁹ Das Reglement der Mädchensekundarschule legte ihre Aufgaben in Artikel 31 in folgender Weise fest: «Die Arbeitslehrerinnen beschäftigen sich vorzüglich mit dem erzieherischen Teil des Unterrichts. Zu diesem Zwecke können sie angehalten werden, einer Abtheilung während der ganzen Unterrichtszeit von drei Jahren, mithin vom Eintritt bis zum Austritt derselben aus der Anstalt, zu folgen. Sie wachen sowohl während der Unterrichtsstunden als in der Zwischenzeit über die Handhabung der Ordnung und Zucht. Sie leiten und überwachen die Wiederholungsstunden und die Arbeiten in den Klassen; auch stehen sie den Zöglingen beim Ausarbeiten ihrer Aufgaben in den Vorbereitungsstunden durch nützliche Anleitung bei.» Ebenda, S. 224–225.

Horner (Handarbeit, Hauswirtschaft) aus der Stadt Freiburg, Frau des Malers und Kantonsschullehrers Auguste Dietrich³⁰. Zum Direktor der Schule und weiteren Hauptlehrer neben Placide Bise wählte die Erziehungsdirektion den Luzerner Josef Ariger aus Malters (Morallehre, Italienisch, Geschichte, Geographie). Dessen Korrespondenz mit Schaller präsentiert sich in einwandfreiem Französisch, und er scheint als einziger eine Lehrerausbildung absolviert zu haben³¹. Zu Polemiken von radikaler Seite führte später allerdings das Gerücht, dass er während eines früheren, längeren Romaufenthaltes bei Jesuiten Logis bezogen habe. Mit Hans-Ulrich Eberle aus dem thurgauischen Duggisholz (Deutsch, Schönschreiben, Zeichnen) und dem Zuger Melchior Elsener (Musik) kamen noch zwei weitere nicht-freiburgische Deutschschweizer hinzu. – Die neuen Lehrkräfte wurden am 10. November 1849, drei Tage vor Schulbeginn, vereidigt.

Die Stundentafel

Im Schulgesetz waren für die Sekundarschulen insgesamt elf Fächer, auf 33 Schulstunden verteilt, vorgeschrieben: Religion, Französisch, Deutsch, Mathematik, Rechnungswesen, Nationalgeschichte verbunden mit Staatskunde, Nationalgeographie, Grundzüge der Physik und Botanik, Schönschreiben und Zeichnen, Gesang und Turnen. Was die Auswahl der Fächer betraf, wurde kein Unterschied zwischen Knaben- und Mädchensekundarschule gemacht, ein Umstand, der im Grossen Rat bei der Behandlung des entsprechenden Reglementsabschnittes, abgesehen vom Turnunterricht, zu keinem Widerspruch Anlass gegeben hatte. Allerdings sollte an der Mädchensekundarschule zusätzlich Unterricht in Handarbeit und Hauswirtschaft angeboten werden: «Die Unterrichtsgegenstände sind diejenigen, welche

³⁰ Vgl. Barbara BIERI, *Catherine Dietrich-Horner (1819–1867). Die erste Sekundarlehrerin des Kantons Freiburg*, in: FG 75 (1998), S. 133–141.

³¹ StALU, Erziehungswesen/Stipendien 24/118 A. Aus einem Brief Arigers an den Luzerner Erziehungsrat vom 25. September 1843 geht hervor, dass Ariger in Strassburg die dortige École Normale besuchte und erfolgreich abschloss.

unter Art. 130 Nr. 1 bis 11 einschliesslich, bezeichnet, und den Bedürfnissen des weiblichen Geschlechts angepasst sind, ausser den gewöhnlichen Haushaltsarbeiten, als Nähen, Flicken, Glätten, Kochen.»³² Für die Schülerinnen, die Lehrerinnen werden wollten, kamen noch Lektionen in Pädagogik und Übungsschulstunden zur Anwendung des Gelernten hinzu.

Von einer Gleichbehandlung der Knaben und Mädchen auf der Sekundarschulstufe kann gleichwohl nicht die Rede sein, da für die Mädchen zusätzlich der Unterricht in geschlechtsspezifischen Fächern hinzukam. Die Stundenzahl, die für diese Fächer angesetzt wurde, fiel aber vergleichsweise gering aus. Für Hauswirtschaft war einmal wöchentlich eine Stunde vorgesehen, für Handarbeiten deren fünf. Daneben erscheinen Fächer wie Deutsch und Französisch mit wöchentlich je 4 bis 5 Stunden ungleich schwerer gewichtet. In den ersten beiden Jahren des Bestehens der Schule wurden die Handarbeitsstunden zusätzlich für Italienischlektionen genutzt. Betrachtet man die breite Palette der angebotenen Fächer, kann nicht von einer Bevorzugung rollenspezifischer Unterrichtseinheiten gesprochen werden. Dass diese für die Gründer der Schule sicher auch wichtig waren, jedoch nicht als Hauptgegenstand verstanden wurden, zeigt sich unter anderem daran, dass der Hauswirtschaftsunterricht bei der Aufstellung der ersten Stundentafel vergessen ging. Ein Versäumnis, das aber unverzüglich korrigiert wurde³³.

Das Sekundarschulprogramm bot also breite Allgemeinbildung, die Vermittlung rollenspezifischen Wissens inbegriffen, und führte, wenn dies gewünscht war, überdies mittels eines Zusatzjahres sogar zu einem Berufsabschluss. Diese Kombination von höherer Mädchenschule mit einer Lehrerinnenausbildung in meist dreijährigen Schulen ist ein seit Beginn des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland zu beobachtendes Phänomen³⁴. Das Gewicht auf der durch geschlechtsspezifi-

³² *Schulgesetz vom 23. September 1848*, in: Sammlung der Gesetze, Dekrete, Beschlüsse und anderer öffentlicher Verhandlungen, Bd. 23, 1849, S. 462.

³³ StAF, DIP II 7, *Protocole de correspondance de la direction de l'instruction publique 1849/2*, Brief der Erziehungsdirektion an das Komitee der Mädchensekundarschule vom 10. November 1849.

³⁴ Martina NIESWANDT, *Lehrerinnenseminare: Sonderweg zum Abitur oder Bestandteil höherer Mädchenbildung?*, in: Elke KLEINAU, Claudia OPITZ (wie Anm. 8), S. 176.

sche Fächer ergänzten Allgemeinbildung erklärt sich aus dem Ziel, das sich die Radikalen mit der Schaffung dieser Schule setzten. Das Angebot der Lehrerinnenausbildung entsprang wiederum der Notwendigkeit, zur Ersetzung der aus dem Unterrichtswesen verbannten Schulschwestern regimetreue und nach bestimmten Normen gebildete Lehrkräfte für die kantonalen Mädchenprimarschulen heranzuziehen. Neben dem unmittelbar praktischen Wert der Sekundarschulbildung, der seitens der Eltern den Ausschlag für das Gutheissen des Schulbesuchs ihrer Töchter gab, standen für die Radikalen, wie früher schon ausgeführt, längerfristige Ziele von nicht geringerer Bedeutung hinter der inhaltlichen Gewichtung des Unterrichts. Es fällt auf, wie sehr sie unter den drei Unterrichtselementen auf die Förderung der allgemeinen Bildung bedacht waren, die den weitaus grössten Teil der Lektionen ausmachte. Dies wird um so deutlicher, wenn wir die Schule von 1849 mit der Mädchensekundarschule der 1880er und 1890er Jahre vergleichen. Während dieser letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts begann unter der Führung von Abbé Quartenoud die erfolgreiche Spezialisierung der Schule im hauswirtschaftlichen Bereich. Demgegenüber hatte der allgemeinbildende Anspruch schon lange zuvor an Bedeutung und Attraktivität verloren. Unter den Radikalen aber wurde noch bewusst die Verbreitung allgemeiner Bildung forciert. Dies hing einerseits mit dem geringen Bildungsstand der Bevölkerung zusammen, andererseits aber auch mit den Hoffnungen, die man von radikaler Seite in die Wirkung von Bildung setzte. Triebfeder ihres Tuns war im Falle der Mädchensekundarschule die von Fénélon vielleicht am erfolgreichsten formulierte Überzeugung, dass wer die Frauen in seinem Sinne schule, Einfluss auf die ganze Gesellschaft nehme. Was die Frauen speziell interessant machte, war der Multiplikationsfaktor Familie: «Il est inutile de le nier. Soeur, épouse et mère de famille, à tous ces titres, la femme exerce une influence sur les sentiments et les opinions de son entourage, qui réagit sur la vie politique et sociale. L'Education des femmes ne peut être négligé dans un Etat, qu'aussitôt les suites de cette négligence ne se fassent sentir dans toute la manière de penser et d'agir des citoyens de cet Etat.»³⁵ Über die Frauen, angelockt von einem Bildungs- und Berufsbildungs-

³⁵ DAGUET (wie Anm. 5), S. 13.

angebot, zu dem es überdies keine Alternative gab, das nicht nur gratis war, sondern für das auch Stipendien winkten, suchte man nicht zuletzt die Familien hinter den Schülerinnen mit radikaler Ideologie in Berührung zu bringen und sich zugleich die Gesinnung der zu erwartenden Nachkommen zu sichern. Diese doppelte Zielrichtung des Unterrichts, die darin bestand, die Mädchen als Erstadressatinnen zuerst zu loyalen Anhängerinnen zu erziehen und anschliessend über sie ihre (männlichen) Angehörigen als eigentlich angepeilte Zielgruppe zu erreichen, zwang zu einem Fächerspektrum, das nicht auf frauenspezifische Bereiche beschränkt bleiben durfte, sondern durch Unterrichtseinheiten in Geographie, Geschichte und Staatskunde erweitert werden musste, die sich dazu eigneten, die Vorstellungen einer staatlichen Gemeinschaft, wie sie sich nach radikalen Vorstellungen präsentieren sollte, zu vermitteln. Dass auch andere Fächer wie Mathematik, Physik und Religionslehre in den gleichen Dienst genommen wurden, ist weiter oben schon angetönt worden.

Die Radikalen haben, wie es der Gang der Ereignisse zeigte, nicht nur ihr politisches Ziel nicht erreicht, sondern durch die Diskrepanz zwischen dem gebotenen Lernstoff und den tatsächlichen Erwartungen, die an die Schulbildung von Frauen gestellt wurden, den Schülerinnen Möglichkeiten vorgegaukelt, die sich als Traumschlösser erweisen mussten. Ohne dass darin ein Qualitätsbeweis für den Unterricht liegen müsste, waren die Sekundarschülerinnen schnell in den Geruch von Blaustrümpfen geraten, die an der Schule Dinge lernten, die sie im Hause unbrauchbar machten. Was den Hunger vieler Mädchen nach Bildung betraf, für dessen Stillung über Generationen hinweg als höchste erreichbare Stufe wenn überhaupt nur ein Lehrerinnenseminar in Frage kam, mussten diese ernüchtert zurückbleiben, da der Erwerb von Bildung in ihrem Fall nicht nur gering geschätzt, sondern, einmal erworben, auch noch als unfraulich abqualifiziert wurde. Diese Konsequenzen, unter denen in erster Linie die Schülerinnen litten, waren in der Konzeption der Schule zwingenderweise von Anfang an angelegt, da ihr zuerst die politischen Hintergedanken der Radikalen Pate standen, in die sich das Frauenbild der Epoche nicht deckungsgleich hineinpassen liess.

Der Schulbesuch – Gründe – Akzeptanz der Schule

Da aus dem bisher Gesagten der Schluss gezogen werden muss, dass die Radikalen ein Angebot schufen, für das in dieser Form in Freiburg an sich keine Nachfrage bestand, ist es nun nötig, genauer hinzuschauen, was den Schulbesuch der 242 Mädchen motivierte, die zwischen 1849 und 1856 im Lyzeum antraten. Hinweise für Interessenschwerpunkte bietet als erstes eine Analyse der Schulverläufe.

Die weitaus grösste Zahl der Schülerinnen, 92, brach den Besuch der an sich zweijährigen Sekundarschule schon im Laufe (30) oder am Ende des ersten Schuljahres ab (62). Das vollständige Sekundarschulprogramm absolvierten 45 Schülerinnen, 27 traten im Laufe des zweiten Jahres aus. Damit schneidet die zweijährige Sekundarschule mit ihrer Ausrichtung auf die Vermittlung von Allgemeinbildung mit nur 45 Absolventinnen gegenüber 92 frühzeitigen Austritten nur mässig erfolgreich ab³⁶.

Anders präsentiert sich dagegen die Bilanz des dreijährigen, mit der Ausbildung zur Lehrerin und der Vergabe eines Patents verbundenen Schulbesuchs. Mit 56 Absolventinnen, gegenüber nur sechs frühzeitigen Austritten im dritten Jahr, schneidet der zwar längere, aber mit einer Berufsausbildung verbundene Dreijahreskurs gegenüber der zweijährigen Sekundarschule deutlich besser ab. Die Ausbildung wurde nicht nur von mehr Schülerinnen abgeschlossen, sondern von praktisch allen Schülerinnen, die sie begannen, auch beendet.

Für den Erfolg der Schule scheint also das Angebot der Lehrerinnenausbildung viel wichtiger gewesen zu sein als das breitgefächerte Sekundarschulprogramm. Der Gratis-Unterricht und die starke Unterstützung der Lehramtsanwärterinnen durch Stipendien, womit die Radikalen wieder ihren Zielen zuarbeiteten, haben sicherlich auch ihren Teil dazu beigetragen, die Zahl der Schülerinnen zu erhöhen.

³⁶ Die Zahlen entstammen der Auswertung der im Staatsarchiv Freiburg aufbewahrten Einschreibe- und Klassenlisten der Schuljahre 1849/50 bis 1856/57. StAF, Instruction publique, fonds non classés, cartons école secondaire des filles. Eine ausführliche Übersicht über die eingetretenen Schülerinnen und die Dauer ihres Verbleibs an der Mädchensekundarschule findet sich im Anhang der diesem Beitrag zugrundeliegenden Lizentiatsarbeit auf den Seiten 137–154.

Was die Vergabe der Stipendien betrifft, lässt sich statistisch nachweisen, dass die Empfängerinnen im Schnitt ein bis zwei Semester länger an der Schule blieben als die nicht unterstützten Schülerinnen.

Beides, der unentgeltliche Unterricht und die Stipendienvergabe, hat die Attraktivität der Schule in bildungsfernen und vermutlich auch politisch anders gesinnten Kreisen erhöht.

Seitens der Radikalen suchte man zumindest das Rosinenpicken durch die reglementarischen Vorgaben von Anfang an zu unterbinden und das Eintrittsalter der Schülerinnen nach unten wie nach oben zu steuern. Die Eltern der Mädchen hatten zwei Möglichkeiten zur Auswahl: ihre Töchter in alle Lektionen zu schicken, sie also als «*élèves régulières*» einzuschreiben, was das Mädchen zum kostenlosen Schulbesuch und zum Bezug von Stipendien berechtigte. Diese Möglichkeit wurde allerdings auf Interessentinnen beschränkt, die zwischen 14 bis höchstens 20 Jahre alt waren. Ältere Bewerberinnen konnten sich zwar auch einschreiben, doch nur im Status einer «*élève bénévole*», also einer Hörerin, eine Möglichkeit, die ohne Alterseinschränkung allen offenstand, aber zur Bezahlung eines Schulgeldes verpflichtete. Dasselbe galt auch für Eltern, die ihre Töchter nur in einzelne, ausgewählte Lektionen schicken wollten. In diesem Fall war der Unterricht nicht mehr gratis, sondern es musste je nach Anzahl der gewählten Stunden ein Betrag von 10 bis maximal 50 alten Schweizerfranken pro Jahr entrichtet werden. Das Mindestalter wurde bei 14 Jahren festgemacht und mit der Auflage verbunden, dass ein Entlassungszeugnis aus der Primarschule vorgewiesen werden konnte. Diese Regelung hing mit der Kontrolle der neueingeführten obligatorischen Besuchsdauer der Grundschulen zusammen, erwies sich aber auch als notwendig, da viele Eltern versuchten, ihre Töchter von der Primar- schneller in die Sekundarschule zu bringen, von der man sich konkreteren Nutzen versprach. Worin man den Nutzen des Schulbesuches, das heisst, vor allem der Lehrerinnenausbildung sah, hing von der Schichtzugehörigkeit der Mädchen ab.

Martina Nieswandt stellt für Preussen fest, dass Lehrerinnenseminare von zwei Gruppen von Mädchen besucht wurden: von jenen, die aufgrund einer familiären Notsituation eine Erwerbstätigkeit anstreben mussten, da sie nur geringe Chancen zu einer sozial adä-

quaten Verheiratung hatten, und von jenen, die sozial besser gestellt, ihre Allgemeinbildung erhöhen wollten, um entweder ihre Chancen auf Verheiratung zu verbessern oder aber eine standesgemässe Berufstätigkeit aufnehmen zu können. Beamten- und Lehrerfamilien waren interessiert, unverheiratet bleibenden Töchtern die Erwerbstätigkeit als Gouvernante oder Lehrerin zu ermöglichen; für in Handel und Gewerbe tätige Familien war höhere Bildung der Töchter wiederum interessant, da die Mädchen dadurch zur Mitarbeit im Geschäft herangezogen werden konnten, wenn sie zum Beispiel Sprach- oder buchhalterische Kenntnisse erworben hatten³⁷.

Dieselben Argumente und grosso modo dieselbe Schichtzugehörigkeit dominierten auch bei der Klientel der Freiburger Schule. Zum allergrössten Teil stammten die Schülerinnen aus dem kleinen und mittleren Bürgertum (75), die zweitgrösste Gruppe bildeten die Töchter von Bauern (21), kleiner ist der Anteil an Schülerinnen aus dem gehobenen Bürgertum (14) und noch kleiner die Zahl der Töchter aus ärmsten Tagelöhnerfamilien oder unehelich geborener Mädchen mit berufstätigen Müttern (für beide zusammen 10)³⁸. Aus dem Patriat wurde, was nicht erstaunt, keine einzige Tochter in die Mädchensekundarschule geschickt. Somit fehlen die obersten und die ganz untersten Schichten weitgehend, während die Mittelschicht sehr gut vertreten ist.

Was das Verhältnis Stadt–Land betrifft, dominieren unter den 205 aus dem Kanton stammenden Schülerinnen, deren Herkunft sich feststellen liess, die Mädchen aus der Stadt Freiburg. 126 Schülerinnen stammten allein aus der Hauptstadt. Etwas mehr als ein Drittel der Sekundarschülerinnen (79) kam aus den Landgemeinden und den Hauptorten der Bezirke. Praktisch gar nicht genutzt wurde die Schule von Familien aus dem Sensebezirk, dem Seeland und der Glane. Wäh-

³⁷ NIESWANDT (wie Anm. 34), S. 174–188.

³⁸ Die Daten entstammen der Zusammenstellung aller verfügbaren Angaben über die Schülerinnen aus der Korrespondenz der Schulleitung mit der Erziehungsdirektion, der Korrespondenz von Eltern mit der Schulleitung, vor allem aber den Einschreibelisten und den Stipendienanträgen, die im Staatsarchiv Freiburg aufbewahrt werden. StAF, Instruction publique, fonds non classés, cartons école secondaire des filles. Eine Zusammenstellung aller Angaben über die geographische und soziale Herkunft der Schülerinnen findet sich im Anhang zur Lizentiatsarbeit auf den Seiten 137–154.

rend im Falle der Sense wie der Glane politische Gründe eine Rolle gespielt haben dürften – beide Bezirke zeichneten sich durch den grössten Widerstand gegenüber dem Radikalismus aus –, kamen bei Sense- und Seebezirk noch sprachliche Hürden hinzu. Diesbezüglich war der Seebezirk besser gestellt als das Senseland, da Murten schon bald eine höhere Mädchenprimarschule erhielt, die mit der Mädchensekundarschule vergleichbar war. Aus dem Sensebezirk kam nur gerade eine einzige Schülerin, nämlich aus Tafers.

In den Klassen des dritten Jahres sind die Landmädchen deutlich zahlreicher vertreten. Auf die 52 Freiburgerinnen, die das dritte Jahr absolvierten, kamen 31 Mädchen aus der Stadt und 21 vom Land. 19 der Schülerinnen vom Land, also praktisch alle, wurden durch Stipendien unterstützt; bei den Stadtmädchen nur deren 19. Dies hing damit zusammen, dass die Schülerinnen von ausserhalb in der Stadt in Pension gehen mussten, worin denn auch die Hauptkosten des Schulbesuchs lagen.

In diesen Zahlen zeigt sich einerseits der Wille der Radikalen, gerade Mädchen aus Schichten anzusprechen, welche diese Schule sonst gar nicht besucht hätten. Von Not, die oft hinter dem Schulbesuch stand, sprechen die Angaben, die für den Erhalt der Stipendien gemacht werden mussten. Die Eltern der Mädchen aus ärmeren Schichten hofften sich vom Schulbesuch ein Auskommen, das nicht zuletzt die finanzielle Situation der ganzen Familie bessern konnte. Für die Mädchen aus bürgerlichen Verhältnissen ist in den Quellen der Wunsch dokumentiert, dass sie sich zu Hause nützlich machen würden. So geschehen im Fall von Ida Castella, die nach dem Besuch der Sekundarschule um Aufnahme in die pädagogische Sektion bat, damit sie sich anstelle der kranken Mutter der Erziehung der jüngeren Geschwister annehmen könne³⁹. Existenzielle Not stand bei der Bauerntochter Josette Besson im Vordergrund. Ihre Mutter, seit kurzem Witwe, legte in einem Brief, den sie durch einen Gemeindesekretär an Ariger schreiben liess, die schwierige Situation dar, in der sich ihre vielköpfige Familie seit dem Tode ihres Mannes befand. Josette war, zusammen mit einem der anderen Kinder, das einzige unter insgesamt neun, das

³⁹ StAF, Instruction publique, fonds non classés, cartons école secondaire des filles. Brief Arigers an die Erziehungsdirektion vom 16. Oktober 1852.

alt genug war, sich seinen Lebensunterhalt selber zu verdienen, wenn es die Lehrerinnenausbildung absolvieren konnte⁴⁰.

Vor dem Nutzen, den man aus der Lehrerinnenausbildung zu ziehen hoffte, schienen Bedenken politischer Natur zu schwinden. Dass sie keine Rolle gespielt hätten, darf man daraus jedoch nicht schliessen. Gerade der Zulauf zur Lehrerinnenausbildung an der Mädchensekundarschule litt stark unter der Wiedereröffnung der Ordenschulen nach dem Regimewechsel. Vor allem Mädchen aus Familien vom Land wurden wieder lieber in die Providence denn in die Mädchensekundarschule geschickt. Auffällig ist auch ein Knick der Eintritte im Jahre 1852, in dem sich die Opposition in Posieux eindrücklich formiert hatte. Die 242 Eintritte zwischen 1849 und 1856 verteilen sich an sich sehr regelmässig auf die acht Jahre, abgesehen vom Eröffnungsjahr 1849 mit 52 Eintritten und dem Tiefpunkt im Herbst 1852 mit nur 19 Schülerinnen. Sonst wird der rechnerische Durchschnitt von 30 Schülerinnen bei einer Spannbreite von 26 bis 31 Eintritten pro Jahr regelmässig eingehalten.

Dass die Schule nur von Töchtern aus dem radikalen Milieu besucht worden wäre, lässt sich in Anbetracht der Gründe, die für den Schulbesuch in die Waagschale geworfen werden konnten, nicht behaupten. Auch wenn diejenigen Radikalen, die Töchter hatten, sie durchaus in die Schule schickten. So tauchen in den Schülerinnenlisten Ida und Philippine Castella, Kinder aus der Familie des Staatsrates André Castella, auf, weiter Aloysia Cuony, Tochter des Stadtmanns von Freiburg, Isabelle Pittet, Tochter des Staatsrats Léon Pittet, Angélique Biemann, Tochter des Staatsrats Frédéric Biemann, sowie Adèle und Marie Bussard, Töchter Marcellin Bussards.

Wie aus all diesen Zeugnissen hervorgeht, gab das Kriterium einer sehr konkreten Nützlichkeit der vermittelten Bildung den Ausschlag für den Schulbesuch, und diese war im Falle des Erwerbs eines Lehrerinnenpatents zumindest theoretisch garantiert. Praktisch war dies jedoch ein Trugschluss, zumindest wenn der Kanton Freiburg als Wirkungsbereich ins Auge gefasst wurde. Denn gerade im Bereich der Lehrerinnenausbildung kollidierten diese utilitaristischen Ansichten mit den idealistischen Beweggründen der Radikalen. Die Mädchen-

⁴⁰ Ebenda. Brief Marie Bessons an Ariger vom 8. August 1853.

sekundarschule war von ihnen zwar bewusst in der Kombination mit einem Lehrerinnenseminar eingerichtet worden, und gerade Lehramtsanwärterinnen wurden bei der Stipendienvergabe am grosszügigsten behandelt. Dies hinderte aber Julien Schaller nicht daran, bereits im Frühjahr 1850 eine Botschaft zu erlassen, die faktisch einer Verbannung der Lehrerinnen aus dem Schuldienst gleichkam. Er wünschte, dass die Primarlehrerinnen auf dem Land sukzessive durch Lehrer und Handarbeitslehrerinnen abgelöst werden sollten, unter anderem mit der Begründung, dass Frauen als Lehrkräfte nie so gut sein würden wie Männer, sowohl was ihr Wissen als auch was die Disziplin in ihren Klassen betraf. Was ihm aber noch mehr Sorge machte, war die Beobachtung, dass Lehrerinnen oft vom Pfarrer anvisiert wurden: «Au point de vue politique, nous voyons encore aujourd'hui la plupart des institutrices devenir ou être des instruments dociles et flexibles entre les mains des curés.»⁴¹ Die Kirche galt es aber unter allen Umständen aus den Schulen fernzuhalten. Um die unzuverlässigen Lehrerinnen aus dem Verkehr zu ziehen, wünschte Schaller die Aufhebung der Mädchenschulen, sobald deren Klassengrösse unter das gesetzlich festgelegte Minimum fiel und die Bedingungen für die Zusammenlegung mit einer Knabenklasse erfüllt waren, die dann einem Lehrer übergeben werden musste. Trotzdem lag ihm daran, den Handarbeits- und Hauswirtschaftsunterricht an den Primarschulen zu fördern. Dafür brauchte es wiederum Lehrerinnen. Es war vorgesehen, dass mehrere Gemeinden zusammen eine Handarbeitslehrerin anstellen sollten, die dann von Gemeinde zu Gemeinde ziehen würde. Die umherreisenden Handarbeitslehrerinnen sollten aus den Reihen der Sekundarschülerinnen kommen. Schallers Plan scheiterte aber am Unwillen der Gemeinden, für Lehrerlöhne mehr auszugeben als nötig.

Nur gerade die ersten Schulabgängerinnen fanden in grösserer Zahl Stellen im Kanton, vor allem in den grösseren Örtlichkeiten, in denen eigene Mädchenprimarklassen nicht aufgehoben werden konnten. Allerdings wurden dort vor allem Frauen eingestellt, die aus dem Ort

⁴¹ StAF, DIP II 8, *Protocole de correspondance de l'instruction publique 1850*, Brief der Erziehungsdirektion an die Oberamt männer und die Bezirksinspektoren vom 18. Januar 1850.

selber stammten. Andere scheinen bei der Bewerbung keine grosse Chance gehabt zu haben. Auch bei den Schülerinnen, die auf dem Land Arbeit als Lehrerinnen fanden, fällt auf, dass sie meistens in ihren Wohn- oder Herkunftsorten eingestellt wurden. In der Zeit, als die Regierung die Einführung des Handarbeitsunterrichts an den Primarschulen zu fördern versuchte und die Gemeinden dazu anhielt, Handarbeitslehrerinnen anzustellen, kamen zudem einige Absolventinnen der Sekundarschule auf diesem Wege zu einer Stelle. In Zahlen erhielten von den 52 Freiburgerinnen mit Lehrpatent etwas weniger als die Hälfte (22) Arbeit im Kanton⁴².

Es war nun aber nicht so, dass das Interesse an der Ausbildung trotz der schlechten Beschäftigungsaussichten zurückgegangen wäre, genauso wie es falsch wäre anzunehmen, dass nur Mädchen im Unterricht ihr Auskommen suchten, die auch ein Patent hatten. Es gab nicht nur die Schulen in Freiburg, die den Frauen faktisch verschlossen blieben, es gab auch einen riesigen Markt für Gouvernanten in den Ländern des Ostens, der vor allem französischsprachige Mamsells verlangte. Selber kaum gebildet, im besten Fall mit einem Freiburger Lehrpatent versehen, machten sich unzählige junge Frauen auf die Reise, oft ohne zu wissen, wohin genau. Die hohe Ausstiegsquote aus der Sekundarschule erklärt sich in vielen Fällen dadurch, dass die Eltern nach ein paar Semestern Schulbesuch fanden, dass das Mädchen nun genug gelernt hatte, um seine Koffer zu packen. Auf den Ruf der Schule bedacht und Kritikern nicht entgegenarbeiten wollend, welche die Mädchensekundarschule bald und zu Recht als Institution kritisierten, die für preussische und russische Adelsfamilien mit Freiburger Steuergeldern Kindermädchen erzog, verweigerte Schuldirektor Ariger solchen Frühaussteigerinnen kategorisch die Ausstellung eines Empfehlungsschreibens, was diese aber nicht an der Abreise hinderte. Die Namen von mindestens 66 kürzer oder länger an der Mädchensekundarschule verbliebenen Schülerinnen tauchen in

⁴² Die Zahl resultierte aus dem Vergleich der Klassenlisten der Mädchensekundarschule mit den Namen, die im *Tableau général des instituteurs et institutrices du canton par districts 1849–1873* aufgeführt wurden. StAF, DIP V 3. Eine Liste der Lehrerinnen, welche die Mädchensekundarschule durchliefen, findet sich unter Angabe ihrer Arbeitsorte auf den Seiten 155–156 im Anhang der Lizentiatsarbeit.

den Passregistern auf. Die dort genannten Ziele weisen meist nach Osten, als Berufe werden Lehrerin, Gesellschafterin, Dienstmädchen, Gouvernante und Kindermädchen genannt⁴³.

Es wurde zwar nichts unternommen, um die Beschäftigungslage der Lehrerinnen zu verbessern, doch war das Problem der fehlenden Arbeit für Frauen, die sich ein Auskommen suchen mussten, bekannt. Über Kontakte mit einem Ostschweizer Nationalrat wurde 1852 der Versuch gestartet, den in der Ostschweiz florierenden Industriezweig der St. Galler Stickerei über die Mädchensekundarschule in den Kanton Freiburg zu importieren, um eine schickliche Arbeitsmöglichkeit für Frauen zu schaffen. Es bestand die Idee, eine oder mehrere Sekundarschülerinnen nach St. Gallen zu schicken, wo sie in alles eingeweiht werden sollten, was mit der Stickerei zusammenhing, damit sie anschliessend ihr Wissen im Rahmen des Handarbeitsunterrichts an den Freiburger Schulen weitergeben konnten. Auf längere Sicht hoffte man, sich den Vertriebskanälen der Ostschweizer Stickerei-Betriebe anschliessen zu können⁴⁴. Ausgeführt wurde das Vorhaben nicht sofort. Doch griff die Erziehungsdirektion des nachmaligen liberal-konservativen Regimes die Idee wieder auf, mit dem gleichen Ziel der Arbeitsbeschaffung für die Vielzahl arbeitsloser Frauen. Auch dieser in den 1860er Jahren gestartete Versuch scheiterte schliesslich, obwohl man bereits viel weiter ging und eigens eine Lehrerin aus dem Appenzellischen nach Freiburg holen liess, die auch einige Zeit an den Freiburger Mädchenschulen unterrichtete⁴⁵.

⁴³ Eine vermutlich nicht ganz vollständige Liste der Sekundarschülerinnen, welche diesen Weg wählten, findet sich im Anhang der Lizentiatsarbeit auf den Seiten 157–161. Die Angaben beruhen auf der Durchsicht der im Staatsarchiv aufbewahrten Passregister der 1850er, 60er und 70er Jahre.

⁴⁴ StAF, DIP II 10, *Protocole de correspondance de l'instruction publique* 1852, Brief der Erziehungsdirektion an den Freiburger Gemeinderat vom 1./3. Juni 1852.

⁴⁵ StAF, DIP II 19, *Protocole de correspondance de l'instruction publique* 1861, Brief der Erziehungsdirektion an den Staatsrat vom 30. Dezember, und DIP II 22, *Protocole de correspondance de l'instruction publique* 1864, Rapport des Staatsrates über den Stickereiunterricht vom 4. Juli 1864.

Fazit

Während der Staat mit der kontinuierlichen Übernahme des Knaben-erziehungswesens von der Kirche im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts das Ziel verfolgte, die heranwachsenden Männer durch die Vermittlung einer republikanischen und nationalen Gesinnung zu zuverlässigen Stützen des Staates heranzuziehen und sie mit ihren Rechten und Pflichten als aktive Staatsbürger vertraut zu machen, erschöpfte sich die Übernahme des Mädchenschulwesens darin, die Frauen aus der sogenannten Vormundschaft der Kirche, die sich immerhin zuvor oft als einzige um deren Erziehung gekümmert hatte, lückenlos unter die Vormundschaft des Staates zu nehmen, der ihnen zwar Pflichten auferlegte, aber keine Rechte gab.

Obwohl die Frauen politisch unmündig blieben und allein der private Raum als ihr unbestrittenes Aufgabengebiet galt, sahen die Freiburger Radikalen keinen Widerspruch darin, die Frauen zu massgebenden Faktoren innerhalb der Gesellschaft zu erklären und ihre Erziehung ebenso in unter der Leitung des Staates stehenden, öffentlichen Institutionen vorzunehmen wie jene der Männer und beiden – von leichten Abweichungen in Inhalt und Methode abgesehen – dasselbe Wissen und dieselbe Gesinnung einzuprägen.

Der Umstand, dass der Kanton Freiburg erstmals auch die Erziehung der Mädchen an die Hand nahm, kann nur durch das Zusammentreffen des politischen Umbruchs im allgemeinen mit der gewalttätigen Machtübernahme einer schlecht in der Bevölkerung verankerten Regierung und deren ausdrücklichem Willen, die Gesellschaft von Grund auf zu verändern, erklärt werden. Ausschlaggebend in einem Kanton, in dem sich der Einfluss der Kirche auf das Schulwesen wie auch auf die gesamte Gesellschaft als sehr gross erwies, war der radikale Antiklerikalismus. Dieser gab sowohl aufgrund der angenommenen grösseren Beeinflussbarkeit der Frauen durch die Geistlichkeit als auch wegen der Tatsache, dass die Mädchenerziehung bisher zum grössten Teil in den Händen von Ordensschwestern gelegen hatte, den Anstoss zur Übernahme der Schulung der Mädchen durch den Kanton, um auch diese als loyale, wenn auch politisch machtlose Angehörige der Gesellschaft auf die eigene Seite zu bringen. Dieses

Vorgehen kann in Umbruchsituationen oft beobachtet werden und beruht letztlich auf der seit dem 18. Jahrhundert etablierten und im 19. Jahrhundert allgemein geteilten Annahme, dass die Erziehung der Frauen von grosser Wirkung auf die Erziehung und spätere Einstellung der Männer sei, und damit auf die ganze Gesellschaft. Dieser postulierte Kausalzusammenhang, der die Grundlage für alle pädagogischen Überlegungen zur Mädchenerziehung lieferte, war genügend offen, um jeder gesellschaftlich oder politisch noch so verschiedenen Situation angepasst zu werden, und konnte immer wieder in den Dienst neuer Zielsetzungen genommen werden, die ihren Zweck nie in der Bildung der Frauen erfüllten, sondern immer aus der Sorge um die rechte Erziehung der männlichen Nachkommenschaft heraus motiviert waren.

Eine Reihe von Widersprüchen, unter denen letztlich die Schülerinnen litten, entstanden aus den Überlegungen und Überzeugungen, die den Boden für die Gründung der kantonalen Freiburger Mädchensekundarschule bereiteten.

Die Schule war von Anfang an gleichzeitig als Ausbildungsstätte für Lehrerinnen gedacht, was einerseits mit dem akuten Mangel an weiblichen Lehrkräften nach der Vertreibung der Schulorden aus dem Unterrichtswesen zusammenhing und andererseits mit der vorherrschenden Idee, dass Frauen am besten durch Frauen erzogen würden, wobei Lehrerinnen besonders wegen des Handarbeitsunterrichts gebraucht wurden. Bezüglich des Verständnisses des Erzieherinnenberufes bestanden aber Widersprüche, denn durch die neue Institution sollten nicht in erster Linie Lehrerinnen für die Grundschulen ausgebildet werden. Der pädagogische Lehrgang, der an die Sekundarschule anschloss, richtete sich vielmehr an die Schülerinnen als zukünftige Mütter, die später ihre Kinder im Vorschulalter erziehen sollten.

Widersprüche bestanden aber nicht nur in der Konzeption der Schule, sondern zogen sich auch durch den Alltag an der Schule und durch die Personalpolitik der radikalen Erziehungsdirektion. Lehramtsanwärterinnen wurden zwar bei der Aufnahme bevorzugt und während ihrer Schulzeit am massivsten durch kantonale Stipendien unterstützt. Kurz nach der Eröffnung der Schule verfügte Erziehungsdirektor Schaller jedoch, dass die Primarlehrerinnen, sobald sich die Gelegenheit dazu bot, durch Lehrer und Handarbeits-

lehrerinnen ersetzt werden sollten. All dies war um so gravierender, als die Schule ihre Attraktivität gerade dem Angebot der Lehrerinnen-ausbildung verdankte, wie der grosse Teil der Schülerinnen zeigt, welche die Schule nicht mit der festen Absicht besuchten, ein Lehrpatent zu erwerben, doch die Ausbildung bis zur Erreichung dieses Zieles durchliefen, während bei den anderen Schülerinnen eine im Vergleich viel höhere Abbruchquote feststellbar ist.

Was unlogisch erscheint, ist dennoch erklärbar und liegt in eben den Unvereinbarkeiten begründet, die schon der Schaffung der Schule Pate gestanden hatten und danach auch den Alltag an der Schule prägten: in der Verschränkung moderner politischer Zielsetzungen, die einer in der Tradition verhafteten Bevölkerung aufgezwungen werden sollten, und einem nach wie vor unveränderten Frauenbild, das der Schaffung der Mädchensekundarschule zugrunde lag. Die zwischen den Erwartungen der Regierung und jener der Bevölkerung bestehende Diskrepanz bekamen in erster Linie die Schülerinnen zu spüren. Sie fanden Türen, die sich ihnen durch die Gründung der Mädchensekundarschule geöffnet hatten, nach dem Schulbesuch wieder verschlossen.

In dieser Hinsicht traf Hubert Charles, Nachfolger Julien Schallers im Amt des Erziehungsdirektors, den Nagel auf den Kopf, als er sich mit folgenden Worten über die Mädchensekundarschule der Radikalen äusserte, der er mehr als nur ablehnend gegenüberstand: «Le secret serait de trouver des élèves qui après avoir appris des choses si sublimes voulussent ensuite se claquemurer dans la cuisine pour y faire la lessive ou raccomoder du vieux linge. On voit que le législateur était préoccupé de l'idée de faire avant tout des femmes savantes sans oublier cependant le pot au feu dont il sentait le besoin aussi bien que le Chrysole de Molière. Mais on n'a pas que je sache cherché à concilier dans la pratique des choses aussi inconciliables.»⁴⁶

Ohne gleichzeitig die Änderungen loben zu wollen, die Hubert Charles im Bereich der Mädchenbildung einführte – er schob die Mädchensekundarschule auf die Stadt ab, entzog ihr jegliche Unterstützung durch den Kanton und plädierte für einen rein hauswirt-

⁴⁶ StAF, DIP II 17, *Protocole de correspondance de l'instruction publique 1859*, Brief Hubert Charles an den Staatsrat vom 19. September 1859.

schaftlichen Unterricht –, ist die klare Sicht, mit der er die aus dem Schulprojekt der Radikalen resultierenden Probleme charakterisierte, bestechend.

Wenn Roland Ruffieux schreibt, dass die Radikalen die Grundlage für ein Gebäude schufen, das in mancher Hinsicht Modellcharakter hatte, gleichzeitig aber den Normen und Bedingungen seiner Zeit weit voraus war und oft in einem kontradiktorischen Verhältnis zu ihnen stand, so lässt sich dieses Urteil voll und ganz auf die kantonale Mädchensekundar- und Normalschule anwenden⁴⁷. Mit der Einschränkung allerdings, dass die Radikalen, was das Frauenbild betraf, durchaus nicht mit den Normen der Zeit brechen wollten, mit der Schaffung der Schule einer solchen Entwicklung aber Hand boten.

Die Lehrerinnenausbildung, die erste Berufsausbildung für Frauen, die ihnen auch als absolute Ausnahme Zugang zu Stellen im öffentlichen Dienst verschaffen konnte, führte insofern ins Leere, als die Lehrerinnen am Ende doch nicht als vollwertige Mitglieder in den Lehrkörper aufgenommen wurden, sondern wegen einer Vielzahl von Vorurteilen, Sonderbestimmungen und Auflagen in andere Tätigkeiten abgedrängt oder zur zeitweisen Auswanderung gezwungen wurden.

Es ist zynisch, wenn dieselbe Erziehungsdirektion, die den Anlass zu dieser Entwicklung gegeben hatte, in ihrem Bericht für das Jahr 1854 trocken darauf hinweist, wie wenig Sekundarschülerinnen als Lehrerinnen im Kanton platziert werden konnten, weil die Zahl der Mädchenschulen im Kanton so klein geworden sei, und feststellt, dass viele der Absolventinnen Privatschulen gründeten oder Kindergärten und Handarbeitsschulen führten⁴⁸, ohne sich der Widersprüche in ihrer Bildungs- und Personalpolitik bewusst zu werden.

⁴⁷ *Geschichte des Kantons Freiburg*, Bd. 2, Freiburg 1981, S. 872.

⁴⁸ StAF, DIP II 12, *Protocole de correspondance de la direction de l'instruction publique 1854*, Jahresbericht der Erziehungsdirektion für das Schuljahr 1853/54 im Monat Dezember.

Zeittafel

- 1848 30. August bis 6. September: Diskussion des neuen Schulgesetzes im Freiburger Grossen Rat.
 5. September: Diskussion über die Regelung des Sekundarschulwesens.
 23. September: Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes.
- 1849 6. Mai: Die ständige Studienkommission befasst sich erstmals mit der Erarbeitung des Reglements für die Freiburger Mädchensekundarschule.
 14. Juni: Der Vorschlag einer Unterkommission wird in der ständigen Studienkommission begutachtet.
 16. Juni: Die Erziehungsdirektion bittet die Stadt Freiburg um finanzielle Unterstützung der Schule, die in Freiburg eröffnet werden soll.
 22. Juni: Der Freiburger Gemeinderat will der Schule nur ein Lokal und Holz für dessen Beheizung gewähren.
 5. Juli: Die ständige Studienkommission wählt aus den Vorschlägen der Stadt vorläufig das Altenryf-Haus als Standort der Schule. Der definitive Entscheid fällt am 12. August.
 16. August: Das Reglement der Mädchensekundarschule liegt vor.
 September: Die Lehrerstellen werden im Amtsblatt ausgeschrieben.
 11. Oktober: Die Kandidaten und Kandidatinnen werden einem Examen unterzogen.
 18. Oktober: Im Amtsblatt ergeht ein Aufruf zur Einschreibung an die Mädchensekundarschule. Interessentinnen können sich bis zum 29. Oktober melden.
 19. Oktober: Der Staatsrat wählt den Luzerner Joseph Ariger, den Thurgauer Hans-Ulrich Eberle, die Freiburger Placide Bise, Antoine Fasel und Catherine Dietrich-Horner als erste Lehrkräfte an der Mädchensekundarschule. Am 31. Oktober kommt noch der Zuger Melchior Elsener hinzu. Joseph Ariger wird zum Direktor der Schule bestimmt.
 24. Oktober: Die Aufsichtskommission der Schule wird

bestellt. Ihr gehören an: Alexandre Daguet, Jean-Auguste Cuony, Meinrad Meyer und Joseph Ariger.

31. Oktober: Das Aufnahmeexamen für die Schülerinnen findet statt. 52 bestehen es, vier weitere Interessentinnen werden wegen ungenügender Examensergebnisse oder wegen ihres schlechten Rufes abgewiesen, und sechs Mädchen schreiben sich zwar ein, erscheinen aber nie an der Schule.

10. November: Die Lehrkräfte werden vereidigt.

13. November: Die Schule wird provisorisch im Lyzeum eröffnet, da das Altenryf-Haus nicht fristgerecht umgebaut werden konnte. Nach beendeten Arbeiten zieht die Schule ins Altenryf-Haus um, doch dieses erweist sich als zu klein für die 52 Schülerinnen.

26. November: Der Staatsrat stimmt dem Vorschlag der Erziehungsdirektion zu, die Schule provisorisch für ein Jahr ins Lyzeum zu verlegen.

1850 21. Oktober: Der Staatsrat beschliesst den Umzug der Mädchensekundarschule ins Kloster der Ursulinen. Zur Ausführung kommt dieser Plan aber nie. Die Schule bleibt bis zum Schuljahr 1857/58 im Lyzeum.

1851 Der erste Ausbildungsgang für Lehrerinnen, der Cours Normal, wird eröffnet.

1852 28. April: Der Gemeinderat macht den Vorschlag, die St. Galler Stickerei an der Schule einzuführen, damit sich dieser Erwerbszweig im Kanton etablieren könne.

In der Person des katholischen Chorherrn André Gottrau und des reformierten Diakons Wartmann kommen erstmals Geistliche für den Religionsunterricht an die Schule.

1854 Frühling: Die Mädchensekundarschule schickt Exponate an die Schulausstellung in London.

1856 7. Dezember: Die Radikalen verlieren die ersten Wahlen seit ihrer Machtübernahme. Eine liberal-konservative Koalition übernimmt die Regierungsgeschäfte.

1857 7. Mai: Die neue Kantonsverfassung tritt in Kraft.

September: Der neue Erziehungsdirektor Hubert Charles empfindet die Mädchensekundarschule als «Luxusartikel». Er löst sie aus der finanziellen Verantwortung des Kantons

und organisiert sie neu. Die Schule geht an die Stadt über. Längere Verhandlungen mit der Stadt beginnen, weil der Kanton die Oberaufsicht behalten möchte, jedoch nichts mehr an die Schule bezahlen will. Der Streit dreht sich vor allem um das Recht, die Lehrer zu bestimmen.

1858 Januar: Die Schule wird als städtische Einrichtung unter der Oberaufsicht des Kantons wieder eröffnet. Zum Direktor wird Alexandre Daguet gewählt.